

113 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP

Bericht des Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (61 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2004 samt Anlagen

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 6. Mai 2003 die Entwürfe der Bundesfinanzgesetze für das Jahr 2003 und für das Jahr 2004 vorgelegt.

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Die neue Bundesregierung beschreitet weiterhin den Weg konsolidierter öffentlicher Haushalte. Die Schwerpunkte der Regierungsarbeit sind insbesondere

- die Fortsetzung der Strukturreformen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte
- die gleichzeitige Betonung der Zukunftsthemen Forschung, Entwicklung und Bildung
- die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierbarkeit des österreichischen Pensions-systems
- die Erhöhung der Standortqualität in Österreich
- die deutliche Senkung der Abgabenquote mit Verstärkung der ökologischen Elemente im Steuersystem und der Senkung der Lohnnebenkosten
- die weitere Privatisierung von Unternehmen
- die Restrukturierung der Österreichisches Bundesbahnen.

Damit wird eine nachhaltige Entlastung von Einkommensbeziehern und Unternehmen ermöglicht. Sie reduziert darüber hinaus die Belastung künftiger Generationen mit Rückzahlungsverpflichtungen und ermöglicht eine strategische und zukunftsbezogene Schwerpunktsetzung bei den Staatsausgaben im Sinne einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich. Darüber hinaus wird es mit diesen Maßnahmen zu einer deutlichen Verbesserung des Wachstumspotenzials der österreichischen Wirtschaft kommen.

Der Bundesvoranschlag 2004 ist bereits gekennzeichnet von den erwähnten Maßnahmen. So wird u.a. durch die Fortführung der Verwaltungsreform, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Pensionsreform und durch die erste Steuerreformetappe die in der letzten Legislaturperiode begonnene Stabilisierung der öffentlichen Finanzen fortgesetzt.

Von der Bundesregierung wird das Ansteigen der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung angestrebt. Hiefür sollen im Laufe dieser Gesetzgebungsperiode wieder Sondermittel in Höhe von 600 Millionen Euro bereitgestellt werden. Im Bundesvoranschlag 2004 sind bereits 180 Millionen Euro hierfür veranschlagt.

Der Entwurf des Bundesvoranschlages 2004 sieht ein administratives Defizit von rd. 3,4 Mrd. Euro oder 1,5% des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Nettodefizit liegt damit rd. 0,5 Mrd. Euro unter dem Bundesvoranschlag 2003.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Währungsunion verlief 2002 insgesamt enttäuschend. Der sich im Frühjahr abzeichnende Aufschwung hat sich nicht realisiert. Die schwache Aktivität wird sich auch in der ersten Jahreshälfte 2003 fortsetzen. Unter der Voraussetzung, dass sich die internationale politische Lage entspannt und die Ölpreise auf das von der OPEC anvisierte Preisband zurückgehen, ist in der zweiten Jahreshälfte mit dem Beginn eines leichten Aufschwungs zu rechnen. Höhere Arbeitslosigkeit und Verluste auf den Finanzmärkten wirken dämpfend auf den Konsum. Insgesamt wird für das laufende Jahr mit einem realen Wachstum von nur 1,1% in der Euro-Zone gerechnet. 2004 sollte die Europäische Währungsunion dann wieder auf einen Wachstumspfad einschwenken, der sich ihrem Potenzial von 2 ¼% annähert. Da in den europäischen Volkswirtschaften die automatischen Stabilisatoren wirken, steigen die öffentlichen Defizite auf durchschnittlich 2,4% des BIP an, wobei Deutschland, Frankreich und Portugal 2003 voraussichtlich über der 3% Marke liegen werden.

Deutlich schwächer als erwartet entwickelte sich auch der Welthandel, der nach einem Nullwachstum im Jahr 2001 im vergangenen Jahr um magere 3,0% zulegte (schwächste Periode seit der zweiten Erdölkrise 1982-83). Für 2003 werden +5,5% erwartet, was noch nicht ausreicht um der Weltwirtschaft entscheidende Wachstumsimpulse zu geben.

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich 2002 etwas günstiger als in der Europäischen Währungsunion, vor allem weil die Außenwirtschaft durch Marktanteilsgewinne einen höheren Wachstumsbeitrag lieferte. Das Wachstum 2001 wurde anfangs noch vom privaten Konsum getragen indem die Haushalte ihre Sparquoten reduzierten. Mit Fortdauer der schwachen Konjunktur stieg die Sparquote jedoch wieder leicht an. Aufgrund der weiter bestehenden Unsicherheit bezüglich der globalen Risikofaktoren, der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der Entwicklung auf den Finanzmärkten sind von dieser Seite für heuer keine Nachfrageimpulse zu erwarten.

Bei den Investitionen mussten 2002 erhebliche Einbrüche verzeichnet werden. Auch viele Ersatzinvestitionen im Zuge der Hochwasserkatastrophe dürften auf das Frühjahr 2003 verschoben worden sein. Ende 2003 ist mit Vorzieheffekten aufgrund des Wegfalls der Investitionsprämie zu rechnen. 2004 dürfte dann wieder eine von der Konjunktur gestützte Belebung der Investitionstätigkeit einsetzen, begünstigt durch ein weiterhin niedriges Zinsniveau.

Aufgrund steigender Energiekosten wird für 2003 eine Teuerungsrate von 1,9% erwartet. Sinkende Energiekosten und der höhere Außenwert des Euro sollten die Teuerungsrate 2004 dann wieder auf 1,4% drücken.

Am Arbeitsmarkt stagnierte die Beschäftigung auf hohem Niveau. Laut EUROSTAT betrug die Arbeitslosenquote 2002 4,1%, für heuer sowie für 2004 wird ein leichter Anstieg auf 4,2% erwartet.

Bei der Erstellung des Entwurfes des Bundesvoranschlags 2004 wurde von folgenden wirtschaftlichen Eckdaten für das Jahr 2004 ausgegangen (Wirtschaftsdaten aufgrund der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom März 2003):

nominelles Wirtschaftswachstum	+3,5%
reales Wirtschaftswachstum	+1,7%
unselbstständig Beschäftigte	+0,3%
Verbraucherpreise	+1,4%
Arbeitslosenquote (EU Abgrenzung)	4,2%
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+2,4%

3. Vorläufiger Gebarungserfolg 2002

Im Bundesvoranschlag 2002 (allgemeiner Haushalt) waren Ausgaben in Höhe von 59,4 Milliarden Euro und Einnahmen in Höhe von 58,5 Milliarden Euro budgetiert. Auf administrativer Basis ergab dies einen Budgetabgang im Ausmaß von 0,8 Milliarden Euro oder 0,4% des BIP.

Aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Wirtschaft, der steigenden Arbeitslosigkeit und der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 konnte diese Vorgabe nicht eingehalten werden. Das Defizit erhöhte sich auf fast 2,4 Milliarden Euro (das sind 1,1% des BIP). Diese Saldoverschlechterung ist in erster Linie auf folgende Einnahmehausfälle bzw. Mehrausgaben zurückzuführen:

- 3 -

Öffentliche Abgaben (netto) –1,3 Mrd. Euro (brutto: -1,8 Milliarden Euro),
Höherer Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik +0,5 Milliarden Euro und
Sonderdotierung des Katastrophenfonds +0,5 Milliarden Euro.

Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags 2004 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 2003 und 2002

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 2004 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 2004 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlussziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 2003 bzw. dem vorläufigen Gebarungserfolg 2002 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	2004 BVA	2003 BVA in Millionen Euro 1)	2002 vorl. Erf.
Allgemeiner Haushalt:			
Ausgaben	62.570	61.459	61.803
Einnahmen	59.140	57.518	59.413
Abgang	3.430	3.941	2.390
Ausgleichshaushalt:			
Ausgaben	50.993	51.276	34.697
Einnahmen	54.423	55.217	37.087
Überschuss	3.430	3.941	2.390
Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2) in Milliarden Euro	229,8	221,3	216,8
administrativer Abgang in Prozent des BIP	1,5%	1,8%	1,1%
Abgang nach Maastrichtkriterien in Prozent des BIP	1,4%	1,8%	1,0%

1) Die Beträge wurden nach den mathematischen Regeln auf- bzw. abgerundet; daher können bei Summen- und Saldenbeträgen Rechendifferenzen auftreten.

2) BIP: lt. Prognose des WIFO vom März 2003

Der Budgetausschuss hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2004 samt dessen Anlagen in seinen Sitzungen am 13. Mai, am 22. Mai und am 5. Juni 2003 in Verhandlung gezogen.

Am 13. Mai 2003 wurde ein öffentliches Hearing mit den Experten Professor Dr. Gerhard **Lehner**, Dr. Markus **Marterbauer**, Univ.-Prof. Dr. Friedrich **Schneider** und Mag. Bruno **Rossmann** durchgeführt. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Alexander **Van der Bellen**, Mag. Hans **Moser**, Kurt **Eder**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Dkfm. Dr. Hannes **Bauer**, der Dritte Präsident des Nationalrates Dipl.-Ing. Thomas **Prinzhorn**, Dr. Christoph **Matznetter**, Mag. Werner **Kogler**, Matthias **Ellmauer**, Mag. Melitta **Trunk**, Dr. Ferdinand **Maier**, Mag. Walter **Tancsits**, Johann **Kurzbauer**, Astrid **Stadler**, Kai Jan **Krainer**, Marianne **Hagenhofer**, Mag. Walter **Posch**, Ing. Kurt **Gartlehner**, Heinz **Gradwohl**, Michaela **Sburny** sowie der Bundesminister für Finanzen Mag. Karl-Heinz **Grasser**.

Zur Vorbehandlung der Regierungsvorlage wurde am 13. Mai 2003 ein Unterausschuss im Verhältnis 12:10:2:2 gewählt. Zum Obmann des Unterausschusses des Budgetausschusses wurde Abgeordneter Jakob **Auer**, zu Stellvertretern wurden die Abgeordneten Dipl.-Ing. Thomas **Prinzhorn**, Ing. Kurt **Gartlehner** und Matthias **Ellmauer** gewählt. Die Funktion der Schriftführer übernahmen die Abgeordneten Rainer **Wimmer**, Edeltraud **Lentsch** und Dipl.-Ing. Maximilian **Hofmann**.

- 4 -

Den Beratungen wurden gemäß § 35 Abs. 7 in Verbindung mit § 40 der Geschäftsordnung Mitglieder des Bundesrates im fraktionellen Verhältnis 2 : 2 : 1 und ein zusätzliches Mitglied des Bundesrates, das dem Grünen Parlamentsklub angehört sowie im Sinne des § 35 Abs. 7 in Verbindung mit § 37 Abs. 2 der Geschäftsordnung je ein weiterer Abgeordneter jeder Fraktion mit beratender Stimme beigezogen.

Die Verhandlungen im Unterausschuss waren vom 14. Mai bis 22. Mai 2003 wie folgt strukturiert:

Mittwoch, 14. Mai	9.00 – 11.00 Uhr 11.00 – 12.00 Uhr 12.00 – 13.00 Uhr	<u><i>BKA mit Dienststellen</i></u> Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen Kapitel 13 Kunst Kapitel 70 Öffentliche Leistung und Sport *)
	13.00 – 15.00 Uhr	<u><i>Oberste Organe</i></u> Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei Kapitel 02 Bundesgesetzgebung Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof Kapitel 05 Volksanwaltschaft Kapitel 06 Rechnungshof
Donnerstag, 15. Mai	9.00 – 11.30 Uhr 11.30 – 12.30 Uhr 12.30 – 13.30 Uhr	<u><i>Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz</i></u> Kapitel 15 Soziale Sicherheit Kapitel 16 Sozialversicherung Kapitel 19 Familie, Generationen Konsumentenschutz
	13.30 – 16.30 Uhr 16.30 – 18.00 Uhr	<u><i>Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft</i></u> Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft Kapitel 61 Umwelt neu
Freitag, 16. Mai	9.00 – 10.30 Uhr 10.30 – 12.00 Uhr	<u><i>Gesundheit und Frauen</i></u> Kapitel 17 Frauen Gesundheit
	12.00 – 15.00 Uhr	<u><i>Militärische Angelegenheiten</i></u> Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten
Dienstag, 20. Mai	8.00 – 9.30 Uhr 9.30 – 11.00 Uhr	<u><i>Verkehr, Innovation und Technologie</i></u> Kapitel 65 Innovation und Technologie Verkehr
	11.00 – 14.00 Uhr	<u><i>Wirtschaft und Arbeit</i></u> Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit
Mittwoch, 21. Mai	8.00 – 10.00 Uhr 10.00 – 11.30 Uhr 11.30 – 13.00 Uhr	<u><i>Bildung, Wissenschaft und Kultur</i></u> Kapitel 12 Bildung Kapitel 14 Wissenschaft Kapitel 12 Kultur
	13.00 – 16.00 Uhr	<u><i>Inneres</i></u> Kapitel 11 Inneres
	16.00 – 19.00 Uhr	<u><i>Justiz</i></u> Kapitel 30 Justiz

- 5 -

Donnerstag, 22. Mai	9.00 – 12.00 Uhr	<u>Äußeres</u> Kapitel 20 Äußeres
	12.00 – 15.00 Uhr	<u>Finanzen</u> Kapitel 50 Finanzverwaltung Kapitel 51 Kassenverwaltung Kapitel 52 Öffentliche Abgaben Kapitel 53 Finanzausgleich Kapitel 54 Bundesvermögen Kapitel 55 Pensionen Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge Text der Bundesfinanzgesetze und Stellenpläne

**) Kapitel 70 - Öffentliche Leistung und Sport
gilt nur für das Budget 2003.*

Am **14. Mai 2003** beteiligten sich die Abgeordneten **Dr. Josef Cap**, **Josef Bucher**, **Mag. Terezija Stoitsits**, **Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer**, **Dr. Peter Wittmann**, **Dr. Helene Partik-Pablé**, **Dr. Eva Glawischnig**, **Mag. Cordula Frieser**, **Gerhard Rehels**, **Matthias Ellmauer**, **Mag. Walter Posch**, **Helga Machne**, **Otto Pendl**, **Michael Praßl**, **Mag. Elisabeth Grossmann**, **Fritz Neugebauer** an der Debatte über den Themenbereich Bundeskanzleramt mit Dienststellen. **Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel** beantwortete die an ihn gerichteten Fragen.

In der daran anschließenden Debatte zum Themenbereich Kunst ergriffen die Abgeordneten **Mag. Christine Muttonen**, **Josef Bucher**, **Dr. Eva Glawischnig**, **Dr. Andrea Wolfmayr**, **Gerhard Rehels**, **Detlev Neudeck**, **Carina Felzmann**, **Anita Fleckl**, **Johann Rädler**, **Mag. Elisabeth Grossmann**, **Dr. Gertrude Brinek**, **Ulrike Königsberger-Ludwig**, **Dipl.-Ing. Günther Hütl**, **Mag. Andrea Kuntzl** und **Dr. Peter Wittmann** das Wort. **Der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Franz Morak** beantwortete die an ihn gerichteten Fragen.

In der Debatte über den Themenbereich Oberste Organe ergriffen die Abgeordneten **Dr. Peter Wittmann**, **Mag. Terezija Stoitsits**, **Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer**, **Otto Pendl**, **Mag. Dr. Maria Theresia Fekter**, **Mag. Elisabeth Grossmann**, **Mag. Cordula Frieser**, **Helga Machne**, **Josef Bucher**, **Dr. Günther Kräuter**, **Gerhard Rehels**, **Mag. Walter Tancsits**, **Stefan Prähauser** und **Mag. Werner Kogler** das Wort. Die aufgeworfenen Fragen wurden vom Präsidenten des Nationalrates **Dr. Andreas Khol**, vom Zweiten Präsidenten **Dr. Heinz Fischer**, vom Dritten Präsidenten **Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn**, vom Präsidenten des Rechnungshofes **Dr. Franz Fiedler**, von den Volksanwälten **Mag. Ewald Stadler**, **Rosemarie Bauer** und **Dr. Peter Kostelka** sowie vom Staatssekretär im Bundeskanzleramt **Franz Morak** beantwortet.

An der Debatte am **15. Mai 2003** beteiligten sich zum Themenbereich Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz die Abgeordneten **Heidrun Silhavy**, **Mag. Dr. Josef Trinkl**, **Theresia Haidlmayr**, **Sigisbert Dolinschek**, **Renate Csörgits**, **Fritz Neugebauer**, **Sabine Mandak**, **Maximilian Walch**, **Mag. Andrea Kuntzl**, **Dr. Reinhold Mitterlehner**, **Manfred Lackner**, **Dr. Franz-Joseph Huainigg**, **Karl Dobnigg**, **Ing. Kurt Gartlehner**, **Mag. Christine Lapp**, **Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler**, **Dietmar Keck**, **Ridi Stelbl**, **Gabriele Heinisch-Hosek**, **Barbara Rosenkranz**, **Nikolaus Prinz**, **Michaela Sburny**, **Gabriele Binder**, **Mag. Hans Langreiter**, **Anna Höllner**, **Rosemarie Schönpass**, **Mag. Melitta Trunk**, **Mag. Johann Maler**, **Dipl.-Ing. Hannes Missethon**, **Dipl.-Ing. Wolfgang Pirkhuber** und **Christine Marek**.

Der Bundesminister für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Mag. Herbert Haupt und die **Staatssekretärin im Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Ursula Haubner** beantworteten die an sie gerichteten Fragen.

- 6 -

In der daran anschließenden Debatte zum Themenbereich Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ergriffen die Abgeordneten Rainer **Wimmer**, Dipl.-Ing. Uwe **Scheuch**, Dipl.-Ing. Wolfgang **Pirkhuber**, Fritz **Grillitsch**, Gabriele **Binder**, Heidemarie **Rest-Hinterseer**, Ing. Hermann **Schultes**, Dipl.-Ing. Werner **Kummerer**, Klaus **Wittauer**, Franz **Ebl**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Karl **Freund**, Christian **Faul**, Dipl.-Ing. Klaus Hubert **Auer**, Renate **Schönpass**, Norbert **Sieber**, Georg **Keuschnigg**, Heinz **Gradwohl**, Mag. Kurt **Gaßner**, Mag. Ulrike **Sima**, Ing. Josef **Winkler**, Notburga **Schiefermair**, Dr. Eva **Glawitschnig**, Karlheinz **Kopf**, Georg **Oberhaldinger**, Dipl.-Ing. Elke **Achleitner**, Erwin **Hornek**, Karl **Dobnigg**, Josef **Rädler**, Anton **Heinzi**, Erika **Scharer**, Gerhard **Steier**, Helga **Machne**, Walter **Schopf**, Petra **Bayr**, Konrad **Steindl** und Martin **Preineder** das Wort.

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Dipl.-Ing. Josef **Pröll** erläuterte die aufgeworfenen Fragen.

In der Sitzung am **16. Mai 2003** beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Barbara **Prammer**, Dipl.-Ing. Elke **Achleitner**, Mag. Brigitte **Weinzinger**, Mag. Elisabeth **Scheucher-Pichler**, Renate **Csörgits**, Sabine **Mandak**, Ridi **Stelbl**, Gabriele **Binder**, Christine **Marek**, Bettina **Stadlbauer**, Dr. Gertrude **Brinek**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Edeltraud **Lentsch**, Hermann **Krist**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Anita **Fleckl**, Manfred **Lackner**, Barbara **Rosenkranz**, Dr. Kurt **Grünewald**, Dr. Erwin **Rasinger**, Elmar **Lichtenegger**, Theresia **Haidlmayr**, Günter **Köbl**, Heidrun **Silhavy**, Anna **Höllner**, Erika **Scharer**, Barbara **Riener**, Beate **Schasching**, Mag. Johann **Maler**, Ing. Erwin **Kalpel** an der Debatte zum Themenbereich Gesundheit und Frauen.

Die damit verbundenen Fragen wurden von der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Maria **Rauch-Kallat** beantwortet.

In der daran anschließenden Debatte zum Themenbereich Militärische Angelegenheiten ergriffen die Abgeordneten Anton **Gaál**, Dr. Reinhard Eugen **Bösch**, Mag. Werner **Kogler**, Walter **Murauer**, Marianne **Hagenhofer**, Mag. Walter **Tancsits**, Dipl.-Ing. Werner **Kummerer**, Astrid **Stadler**, Manfred **Lackner**, Mag. Hans **Langreiter**, Stefan **Prähauser**, Mag. Michael **Ikrath**, Beate **Schasching**, Werner **Amon** MBA, Bettina **Stadlbauer**, Alfred **Schöls**, Ing. Erwin **Kalpel**, Günter **Köbl**, Rudolf **Parnigoni** und Karl **Dobnigg** das Wort.

Die aufgeworfenen Fragen wurden vom Bundesminister für Landesverteidigung Günther **Platter** beantwortet.

Zum Thema Verkehr, Innovation und Technologie ergriffen am **20. Mai 2003** die Abgeordneten Mag. Dietmar **Hoscher**, Mag. Cordula **Frieser**, Dr. Kurt **Grünewald**, Mag. Dr. Magda **Bleckmann**, Petra **Bayr**, Dr. Reinhold **Lopatka**, Dipl.-Ing. Elke **Achleitner**, Walter **Schopf**, Johann **Kurzbauer**, Josef **Broukal**, Mag. Karin **Hagl**, Heinz **Gradwohl**, Alfred **Schöls**, Rudolf **Parnigoni**, Werner **Miedl**, Dr. Evelin **Lichtenberger**, Mag. Eduard **Mainoni**, Gerhard **Steier**, Wolfgang **Großruck**, Dr. Gabriela **Moser**, Klaus **Wittauer**, Gerhard **Rehels**, Gabriele **Binder**, Matthias **Eilmauer** und Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler** das Wort.

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Hubert **Gorbach** beantwortete die an ihn gerichteten Fragen.

Zur daran anschließenden Debatte über den Themenbereich Wirtschaft und Arbeit ergriffen die Abgeordneten Mag. Hans **Moser**, Dipl.-Ing. Maximilian **Hofmann**, Michaela **Sburny**, Dr. Reinhold **Mitterlehner**, Mag. Dietmar **Hoscher**, Mares **Rossmann**, Karl **Öllinger**, Mag. Dr. Josef **Trinkl**, Heidrun **Silhavy**, Herta **Mikesch**, Dkfm. Dr. Hannes **Bauer**, Karlheinz **Kopf**, Renate **Csörgits**, Sigisbert **Dolinschek**, Ridi **Stelbl**, Doris **Bures**, Dr. Gabriela **Moser**, Johannes **Schweisgut**, Mag. Christine **Lapp**, Christine **Marek**, Georg **Oberhaldinger**, Franz **Glaser**, Gabriele **Heinisch-Hosek**, Mag. Barbara **Prammer**, Dr. Christoph **Matznetter**, Ing. Kurt **Gartlehner**, Erika **Scharer**, Gerhard **Steier** das Wort.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin **Bartenstein** beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

Am **21. Mai 2003** beteiligten sich die Abgeordneten DDr. Erwin **Niederwieser**, Mares **Rossmann**, Dieter **Brosz**, Werner **Amon** MBA, Gabriele **Heinisch-Hosek**, Barbara **Rosenkranz**, Michaela **Sburny**, Anna **Franz**, Christian **Faul**, Dr. Gertrude **Brinek**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Notburga **Schiefermair**, Mag. Christine **Lapp**, Dr. Andrea **Wolfmayr**, Franz **Riepl**, Mag. Dr. Alfred **Brader**, Mag. Kurt **Gaßner**, Dr. Franz-Joseph **Huainigg**, Beate **Schasching**, Mag. Christine **Muttonen**,

- 7 -

Wolfgang **Großruck**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Josef **Broukal**, Mag.Dr. Madga **Bleckmann**, Dr. Kurt **Grünwald**, Mag. Hans **Moser**, Dipl.-Ing. Elke **Achleitner**, Mag. Heribert **Donnerbauer**, Kai Jan **Kralner**, Mag. Karin **Hakl**, Mag. Melitta **Trunk**, Petra **Bayr**, Heidrun **Walther**, Mag. Eduard **Mainoni**, Dr. Eva **Glawischnig**, Dr. Josef **Cap**, Detlev **Neudeck**, Mag. Terezija **Stoitsits**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Gerhard **Rehels**, Anita **Fleckl**, Carina **Felzmann**, Hermann **Krist** an der Debatte über den Themenbereich Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer** beantwortete die an ihn gerichteten Fragen.

In der Debatte zum Themenbereich Inneres ergriffen die Abgeordneten Rudolf **Parnigoni**, Dr. Helene **Partik-Pablé**, Dr. Peter **Pilz**, Günter **Köbfl**, Anton **Gaál**, Mag. Eduard **Mainoni**, Mag. Terezija **Stoitsits**, Matthias **Ellmauer**, Mag. Walter **Posch**, Mag. Gisela **Wurm**, Mag. Johann **Maier**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Kai Jan **Kralner** das Wort.

Die aufgeworfenen Fragen wurden vom Bundesminister für Inneres Dr. Ernst **Strasser** beantwortet.

Zum Themenbereich Justiz ergriffen die Abgeordneten Dr. Johannes **Jarolim**, Mag.Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Terezija **Stoitsits**, Dr. Helene **Partik-Pablé**, Mag. Ruth **Becher**, Anna **Franz**, Dr. Reinhard Eugen **Bösch**, Bettina **Stadlbauer**, Werner **Miedl**, Mag. Gisela **Wurm**, Mag.Dr. Josef **Trinkl**, Otto **Pendl**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Mag. Johann **Maier**, Mag. Heribert **Donnerbauer** das Wort.

Der Bundesminister für Justiz Dr. Dieter **Böhmendorfer** nahm zu den aufgeworfenen Fragen Stellung.

Am 22. Mai 2003 ergriffen in der Debatte zum Themenbereich Äußeres die Abgeordneten Peter **Schieder**, Herbert **Schelbner**, Mag. Ulrike **Lunacek**, Dr. Michael **Spindelegger**, Dr. Josef **Cap**, Dr. Reinhard Eugen **Bösch**, Wolfgang **Großruck**, Dr. Caspar **Einem**, Franz Xaver **Böhm**, Mag. Christine **Muttonen**, Dipl.-Ing. Hannes **Missethon**, Petra **Bayr**, Mag. Karin **Hakl**, Ing. Kurt **Gartlehner**, Walter **Murauer**, Marianne **Hagenhofer**, Mag.Dr. Alfred **Brader**, Dkfm.Dr. Hannes **Bauer** das Wort.

Die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benita **Ferrero-Waldner** beantwortete die an sie gerichteten Fragen.

Zur Debatte über den Themenbereich Finanzen ergriffen die Abgeordneten Dr. Christoph **Matznetter**, Detlev **Neudeck**, Michaela **Sburny**, Dkfm.Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Dietmar **Hoscher**, Josef **Bucher**, Mag. Werner **Kogler**, Dr. Reinhold **Mitterlehner**, Mag. Hans **Moser**, Dr. Werner **Fasslabend**, Mag. Kurt **Gaßner**, Mag. Cordula **Frieser**, Dkfm.Dr. Hannes **Bauer**, Mag. Peter Michael **Ikrath** und Marianne **Hagenhofer** das Wort.

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Alfred **Finz** beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

Über die Vorlage wurde kein Einvernehmen erzielt. Der Obmann des Unterausschusses Abgeordneter Jakob **Auer** berichtete dem Budgetausschuss am 5. Juni 2003 über das Ergebnis der Verhandlungen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Matthias **Ellmauer**, Dr. Christoph **Matznetter**, Karl **Öllinger**, Dipl.-Kfm.Dr. Günter **Stummvoll** und Dr. Josef **Cap**.

Bei der Abstimmung wurde der Text des Bundesfinanzgesetzes unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Matthias **Ellmauer** und Sigisbert **Dolinschek** mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Anlage I – Bundesvoranschlag 2004 wurde unter Berücksichtigung mehrerer Abänderungsanträge der Abgeordneten Matthias **Ellmauer** und Sigisbert **Dolinschek** mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Karl **Öllinger** und Dr. Josef **Cap** betreffend die Kapitel 11 und 12 fand nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit.

Die Anlage II – Stellenplan für das Jahr 2004 wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Den vom Ausschuss beschlossenen Abänderungsanträgen waren folgende Erläuterungen beigegeben:

Text des Bundesfinanzgesetzes:

Zu 1:

Aufgrund der Abänderungsanträge verändern sich auch die Schlusssummen.

Zu 2:

Die finanzielle Vorsorge für die Vorbereitung und Durchführung des bevorstehenden Österreich-Konvents erfolgt im Wege einer Überschreitungsermächtigung.

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung

Auf Grund der Einrichtung und Arbeitsaufnahme des Österreich Konvents und der damit in Verbindung stehenden Kosten, ist im Bundesfinanzgesetz entsprechend Vorsorge zu treffen.

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Der vorliegende Abänderungsantrag resultiert aus der Änderung des Bundesstatistikgesetzes 2000 im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003, womit eine transparente Kostenersatzregelung für die Statistiken und statistischen Erhebungen, die von der Bundesanstalt "Statistik Österreich" erbracht werden, geschaffen werden soll.

Kapitel 12: Bildung und Kultur

Gewährung eines Darlehens an die Israelitische Kultusgemeinde.

Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 54: Bundesvermögen

Aufgrund von Empfehlungen eines internationalen Evaluationsteams und mittelfristiger Leistungs- und Beratungsvereinbarungen mit Wirtschaftsforschungsinstitute ergeben sich Anpassungen bei den Werkleistungen.

Anpassung der Budgetierung aufgrund der Richtigstellung der Verrechnung des Kinderbetreuungsgeldes.

Redaktionelle Berichtigung bei der Überweisung der Gewerbesteuer.

Berichtigung der Aufteilung der ÖIAG - Dividende mit 100 Mio. Euro von 2003 auf 2004.

Der Budgetausschuss stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

./1 Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2004 in der Fassung der angeschlossenen Abänderungen sowie dessen

Anlage I – Bundesvoranschlag in der Fassung der angeschlossenen Abänderungen zu den Kapiteln

- ./2** 02: Bundesgesetzgebung
- ./3** 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen
- ./4** 12: Bildung und Kultur
- ./5** 50: Finanzverwaltung
- 51: Kassenverwaltung
- 52: Öffentliche Abgaben
- 54: Bundesvermögen

Anlagen Ia bis Ic – Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der sich aus den obigen Änderungen ./2 bis ./5 ergebenden Abänderungen

Anlage II – Stellenplan

(61 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Wien, 2003 06 05

Edeltraud Lentsch
Berichterstatlerin

Jakob Auer
Obmann